



NIEDERSCHRIFT

11. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr der Stadt Weiterstadt

10. Legislaturperiode 2016/2021

am	14. August 2017
im	Rathaus, Riedbahnstraße 6, Sitzungsraum Verneuil sur Seine
Beginn	19:00 Uhr
Ende	20:25 Uhr

Anwesende:

SPD-Fraktion

Ackermann, Klaus
Koch, Alexander Dr.
Kurpiers, Christian
Stein, Reinhold

CDU-Fraktion

Brunner, Bernd
Meinhardt, Lisa

ALW-Fraktion

Möllmann, Martin
Petri, Heinz-Ludwig

FWW-Fraktion

Moczygemba, Eugen

Präsidium

Stadtverordnetenversammlung

Fischer, Wilhelm

Magistrat

Berger, Manfred
Fischer, Willi
Geter, Stephan
Hamm, Udo Dr.
Hasenauer, Josef

Mager, Philipp
Merlau, Günter
Möller, Ralf
Pohl, Edgar
Spätling-Slomka, Dorothea
Thalheimer, Werner

Ausländerbeirat

Tomasulo, Maria Donata

Seniorenbeirat

Keil, Margot

**Beirat zur Gleichstellung von
Menschen mit Behinderungen**

Bogorinski, Erik

Schriftführung

Latocha, Georg

Verwaltung

Bartosch, Luise
Wigand, Klaus

Presse

Darmstädter Echo: Dr. Wickel, Marc
Wochenkurier: Iftode, Georgeta

Der Vorsitzende des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr, Herr Stein, eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Einladungen fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen sind (§§ 56 und 58 HGO), die Sitzung öffentlich bekannt gemacht wurde (§ 58 HGO) und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Die CDU-Fraktion hat mit E-Mail vom 6. Juli 2017 den im Ausschuss verbliebenen Antrag zum Stadionneubau, Drucksache 10/0224, zurückgezogen.

Folgende Tagesordnung wird festgestellt:

	Drucksache
1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 19. Juni 2017	
2. Bebauungsplan "21. Änderung Darmstädter Straße", Gemarkung Weiterstadt, Flur 1, Nr. 93/8 und 93/11 (Darmstädter Straße 1 und 3); Offenlagebeschluss	10/0206/3
3. Umgestaltung Darmstädter Straße	10/0153/2

4.	Warteunterstand für die Bushaltestellen der Hessenwaldschule; Antrag der CDU-Fraktion	10/0138
4.1.	Zwei zusätzliche Wartehallen an der Hessenwaldschule	10/0138/2
4.2.	Arbeitsaufträge aus der Ausschusssitzung	10/0138/4
5.	Dritte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000, Entwurf Stand Beschluss der Landesregierung vom 27. März 2017; Stellungnahme der Stadt Weiterstadt im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 Hessisches Landesplanungsgesetz vom 5. Juli 2017	10/0318/1

Tagesordnungspunkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr vom 19. Juni 2017

Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift gilt als festgestellt.

Tagesordnungspunkt 2

Bebauungsplan "21. Änderung Darmstädter Straße", Gemarkung Weiterstadt, Flur 1, Nr. 93/8 und 93/11 (Darmstädter Straße 1 und 3);

Offenlagebeschluss

Drucksache: 10/0206/3

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 29. Juni 2017 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Der Vorsitzende stellt die Drucksache kurz inhaltlich vor.

Die ALW-Fraktion beantragt, eine Rücksetzung der Baugrenze im Bereich des Baufeldes mit der Kennziffer 1 um einen Meter hinter die Grundstücksgrenze, um so bei einem eventuellen Abriss der Bestandsgebäude und Neubau im vorderen Grundstücksteil, die Möglichkeit einer Straßenerweiterung zu erhalten.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass für die beantragte Änderung des Entwurfes die Frage eines eventuellen entstehenden entschädigungspflichtigen Planungsschadens gem. § 39 ff BauGB geprüft werden müsste. Um das Verfahren nicht durch ein Verbleiben der Drucksache im Ausschuss zu verzögern, schlägt Bürgermeister Möller vor, dass die Verwaltung bis zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24. August 2017 eine Antwort erarbeitet und die Drucksache in dieser Sitzung diskutiert werden soll.

Über den Vorschlag des Bürgermeisters lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen (2 CDU, 1 FWW, 4 SPD)
2 Enthaltungen (2 ALW)

Tagesordnungspunkt 3 Umgestaltung Darmstädter Straße Drucksache: 10/0153/2

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 29. Juni 2017 die Drucksache zur weiteren Beratung an den Ausschuss überwiesen.

Der Ausschussvorsitzende führt in die Thematik und die Vorgeschichte der Planung kurz ein.

Bürgermeister Möller erläutert die Entscheidung des Magistrates für Variante B (ohne Verswenkung am Marktplatz). Insgesamt sei das Ziel, mit begrenzten Mitteln die Straßenräume zwischen den fertiggestellten Modulen möglichst sinnvoll zu gestalten.

Die ALW-Fraktion weist darauf hin, dass im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes für die Darmstädter Straße die Einrichtung einer „verkehrsberuhigten Geschäftsstraße“ mit Tempo 20 beschlossen wurde. In der nun vorgelegten Planung ist die Intention dieses Beschlusses nicht zu erkennen. Es wird kritisiert, dass durch die Verlagerung der Parkplatzflächen auf den Bereich der Gehwege und die „Freiräumung“ der Straßenbereiche zugunsten des motorisierten Individualverkehrs die voraussichtlich möglichen Fahrgeschwindigkeiten sogar noch steigen werden. Darüber hinaus vermisst die ALW-Fraktion Querungshilfen, Fahrbahnteiler, Pflasterstreifen und weitere bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung.

Bürgermeister Möller weist die Kritik zurück, da mit den zur Verfügung stehenden geringen Mitteln das Optimale umgesetzt werden kann und so der ÖPNV und durch das Einrichten von Kurzparkmöglichkeiten die Geschäftstreibenden gefördert werden. Der Bürgermeister schlägt vor, einen Ortstermin durchzuführen.

Die Vertreterin des Seniorenbeirates trägt eine Stellungnahme des Beirates vom 9. August 2017 vor, die dem Protokoll beigegeben wird.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Vorlage in der jetzigen Form, stimmt aber einem Ortstermin zu.

Die CDU-Fraktion sieht die Notwendigkeit, den begrenzten Straßenraum - insbesondere zugunsten einer Verbesserung bei der Befahrbarkeit durch Busse und für die leichtere Erreichbarkeit des Stadtzentrums durch mobilitätseingeschränkte Menschen - von parkenden Fahrzeugen zu entlasten.

Die FWW-Fraktion weist darauf hin, dass angesichts der bereits beschlossenen vielfältigen Maßnahmen und der finanziellen Situation der Stadt, in der Darmstädter Straße zwischen den fertiggestellten Modulen nur Minimalmaßnahmen entsprechend der vorliegenden Drucksache umgesetzt werden können.

Nach weiterer Diskussion wird über den Vorschlag des Bürgermeisters zur Durchführung eines Ortstermins abgestimmt.

Der Ausschuss beschließt:

1. Die Drucksache verbleibt im Ausschuss.
2. Es wird ein Ortstermin durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Tagesordnungspunkt 4
Warteunterstand für die Bushaltestellen der Hessenwaldschule; Antrag der CDU-Fraktion
Drucksache: 10/0138

Tagesordnungspunkt 4.1
Zwei zusätzliche Wartehallen an der Hessenwaldschule
Drucksache: 10/0138/2

Tagesordnungspunkt 4.2
Arbeitsaufträge aus der Ausschusssitzung
Drucksache: 10/0138/4

Der Antrag 10/0138 und die Drucksache 10/0138/2 wurden in der Ausschusssitzung am 31. Oktober 2016 beraten und bis zur Vorlage weiterer Informationen zurückgestellt.

Nach kurzer Diskussion, in der alle Fraktionen ihr Unverständnis bezüglich der Haltung des Landkreises äußern, wird über die Drucksache abgestimmt.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Das Schreiben des Bürgermeisters an das DA-DI Werk und die dazugehörige Antwort des DA-DI Werkes sowie die Stellungnahme des Fördervereins Hessenwaldschule werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Tagesordnungspunkt 5
Dritte Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000, Entwurf Stand Beschluss der Landesregierung vom 27. März 2017;
Stellungnahme der Stadt Weiterstadt im Rahmen der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 Hessisches Landesplanungsgesetz vom 5. Juli 2017
Drucksache: 10/0318/1

Der Magistrat hat gemäß § 10 der Geschäftsordnung die Drucksache direkt an den Ausschuss weitergeleitet.

Der Ausschussvorsitzende stellt den landesplanerischen Hintergrund der Drucksache vor. Bürgermeister Möller erläutert das Verfahren zur Erstellung der Stellungnahme der Stadt Weiterstadt zum Entwurf der dritten Änderung des Landesentwicklungsplanes Hessen. Die Verwaltung erläutert kurz die Inhalte der Stellungnahme.

Weitere Stellungnahmen werden nicht abgegeben.

Der Ausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

Die im Rahmen der Beteiligung zur Änderung des Landesentwicklungsplans erstellte Stellungnahme der Stadt Weiterstadt wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Reinhold Stein
Vorsitzender

Georg Latocha
Schriftführung

Anlage:

Stellungnahme des Seniorenbeirates